



Verdient der Kollege mehr? Getriebeproduktion in der Fabrik eines Autozulieferers

Foto dpa

Schadenersatz für schlechtere Bezahlung

Die EU-Kommission will Lohnlücke mit mehr Transparenz schließen. Sie geht zum Teil über deutsche Regeln hinaus.

Von Hendrik Kafsack, Brüssel

Am 10. März ist in Deutschland „Equal Pay Day“. Bis zu diesem Tag müssten hierzulande Frauen „umsonst arbeiten“, während Männer seit dem 1. Januar bezahlt würden, heißt es auf der Internetseite des Bundesfamilienministeriums. Das folgt der simplen Rechnung, dass die Gehaltslücke zwischen Männern und Frauen in Deutschland nach wie vor 19,2 Prozent

beträgt. In der EU sind es 14,1 Prozent. Über die Gründe für die Lohnlücke lässt sich streiten. Die Entscheidung von Frauen für bestimmte schlechter bezahlte Branchen spielt ebenso eine Rolle wie die Tatsache, dass Frauen ihre Karriere öfter als Männer aus familiären Gründen unterbrechen. Nicht nur die EU-Kommission aber ist überzeugt, dass ein Teil der Lohnlücke durch die Diskriminierung von Frauen zu erklären ist.

Die Europäische Kommission will den Frauen in Europa deshalb nun mit einem neuen Vorstoß für Gehaltstransparenz ein Instrument verschaffen, um gegen schlechtere Bezahlung vorzugehen. Die zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourova will die Vorschläge an diesem Mittwoch in Brüssel präsentieren. Ein Entwurf der Richtlinie liegt der F.A.Z. vor. Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern sollen künftig einmal im Jahr im Internet detailliert veröffentlichen, wie viel mehr Männer bei ihnen als Frauen verdienen. Mehr noch: Wenn sich bei der jährlichen Erfassung der Löhne zeigt, dass die Lücke in Gruppen mit vergleichbaren Aufgaben größer als 5 Pro-

zent ist, muss das Unternehmen gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern die Gründe dafür analysieren und konkrete Schritte vorschlagen, um das zu ändern.

Die Arbeitnehmerinnen sollen zudem einen unbegrenzten Anspruch auf Schadenersatz bekommen, wenn sie benachteiligt wurden. Dabei müssten die Unternehmen im Falle eines Verfahrens beweisen, dass die schlechtere Bezahlung gerechtfertigt ist. Der Schadenersatz soll sich nicht nur an dem entgangenen Lohn und Bonuszahlungen orientieren, sondern die Beschäftigten auch für entgangene Aufstiegsmöglichkeiten und die Erfahrung der Benachteiligung selbst entschädigen. Es sei leider immer noch die Regel, dass Frauen jahrelang mit ihren männlichen Kollegen Seite an Seite arbeiteten, in dem festen Glauben, sie würden den gleichen Lohn bekommen, und erst am Ende ihrer Laufbahn merkten, dass das falsch war, heißt es dazu in der Kommission. Deshalb brauche man weitgehende Regeln zum Schadenersatz.

Die EU-Kommission schlägt mit dem Vorschlag einen ähnlichen Weg ein, wie ihn die Bundesregierung mit dem Entgelt-

transparenzgesetz von 2017 beschritten hat, geht aber spürbar über dieses hinaus. So verschafft das – bisher nur mäßig genutzte – deutsche Gesetz den Arbeitnehmerinnen das Recht, bei Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten Auskunft über das Gehalt von Kollegen in vergleichbarer Stellung zu bekommen. Dazu wird der Durchschnitt von mindestens sechs anderen Beschäftigten herangezogen. Der Kommissionsvorschlag greift auch diese Auskunftspflicht auf, beschränkt sie aber nicht auf Betriebe mit einer bestimmten Beschäftigtenzahl. Auch kleine und mittlere Unternehmen wären betroffen. Zudem sollen zum Lohnvergleich im Einzelfall auch Löhne von Beschäftigten anderer Betriebe oder hypothetische Vergleiche herangezogen werden.

Um zu verhindern, dass sich eine Benachteiligung und die damit verbundene schlechtere Bezahlung beim Berufswechsel fortsetzen, will die Kommission verbieten, dass in Einstellungsgesprächen nach der vorherigen Entlohnung gefragt wird. Das Europaparlament und die Mitgliedstaaten müssen den neuen Regeln zustimmen, damit sie in Kraft treten können.

So soll Deutschland klimaneutral werden

Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft für mehr Ökostrom, Ende der EEG-Umlage und „gute Klimadiplomatie“

niza. FRANKFURT. Führende Vertreter der deutschen Wirtschaft wollen die Energiewende neu ausrichten. In einem zwölf Punkte zählenden Positionspapier skizzieren sie, wie die Transformation zur Klimaneutralität bis 2050 gelingen kann. So solle die Bundesrepublik mit Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit, dem richtigen politischen Rahmen sowie gesellschaftlicher Akzeptanz zum globalen Vorreiter, Vorbild und „Energiewende-Labor“ werden. Das Positionspapier liegt der F.A.Z. vor. Es ist Teil der ReAct-Initiative, die von der Werte-Stiftung und dem Bauunternehmer Jan-Hendrik Goldbeck ins Leben gerufen wurde. Daran beteiligt sind Industrievertreter und Führungskräfte aus Sport und Finanzwirtschaft sowie Leiter großer Wissenschaftsinstitute.

Zu ihren Forderungen gehört ein forcierter Ausbau der Ökostromerzeugung, nicht nur im Inland. Die Initiative geht davon aus, dass die Umstellung auf eine CO₂-arme Industrieproduktion, Wärmepumpen und Elektromobilität Deutschlands Strombedarf – „anders als häufig prognostiziert“ – deutlich steigen lasse, bis 2030 um mindestens 10 Prozent. Bis 2050 betrage das Plus rund 50 Prozent.

Zwar sei es richtig, dass die Energieeffizienz weiter zunehme. Vergessen werde jedoch oft, dass nicht nur der Strom aus der Steckdose durch Erneuerbare substituiert, sondern auch die „äußerst energieintensive“ Chemie-, Stahl- und Betonproduktion „grün“ werden müsse. Tatsächlich lassen die meisten Prognosen einen höheren Strombedarf erwarten, etwa von Forschungsinstituten wie dem Kölner EWI oder der Agora Energiewende. Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet bis 2030 indes mit einem gleichbleibendem Verbrauch.

Um die Industrie stabil mit Ökostrom zu versorgen, braucht es dem Papier zufolge „schnell“ mehr Meereswindparks. Sie seien schon heute wettbewerbsfähig und brauchten daher keine weiteren Subventionen. Doch sei „unverständlich“, dass nur so wenige zusätzliche Kapazitäten geplant sind. „Hier müssen jetzt umgehend ausreichend Flächen definiert und freigegeben werden“, mahnen die Autoren. Selbiges gelte für den Ausbau von lokalen Solar- und Windanlagen, CO₂-freiem Wasserstoff und den zugehörigen Netzen. „Bundesweit standardisierte Genehmigungsprozesse und kürzere Verfahren bei Gerichtsprozessen“ müssten her, zudem sollten vorhandene, nicht mehr benötigte Gasleitungen umgewidmet werden, um einen Transport von Wasserstoff zu den in-

dustriellen Abnehmern sicherzustellen. Den dafür erforderlichen Regulierungsrahmen brauche es „jetzt dringend“.

Die Ökostromförderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist aus Sicht der Initiative dringend reformbedürftig; ähnlich hatte sich zuletzt auch die Monitoring-Kommission der Energiewende geäußert, der der Münsteraner Ökonom Andreas Löschel vorsitzt. Früher ein „riesiges Technologieförderungsprogramm“, ist das EEG laut dem Positionspapier heute eine „Innovationsbremse“, da es Ökostrom verteuere und so die Transformation behindere. „Erneuerbare Energien

sind heute wettbewerbsfähig, wenn entsprechende Anpassungen bei den Netzentgelten, Abgaben, Steuern und Umlagen erfolgen“, heißt es darin.

Das EEG solle auslaufen und durch ein reines „Absicherungsinstrument“ ersetzt werden. Planungssicherheit schaffen dabei zweiseitige Differenzverträge. Dabei bezuschusst der Staat Investoren, wenn der Marktpreis für Ökostrom unter den in Auktionen erzielten Gebotspreis fällt, muss der Investor umgekehrt aber Mehrnahmen abführen, wenn der Marktpreis über dem Gebotspreis liegt. Solche Verträge haben unter anderem in Groß-

britannien Verbreitung gefunden. Auch einige Vertreter der Ökostrombranche plädieren mittlerweile dafür.

Den europäischen Handel mit Emissionsrechten will die ReAct-Initiative „intelligent weiterentwickeln“. Bislang nur verpflichtend für Kraftwerksbetreiber sowie Teile der Industrie und Luftfahrt, halten sie ihn für das „wirksamste Steuerungsinstrument auf dem Weg zur Klimaneutralität“. Perspektivisch solle er auf die Sektoren Verkehr und Gebäude ausgedehnt werden. Dass der CO₂-Preis langfristig steigen dürfte, wisse und wolle man. Umso wichtiger sei deshalb allerdings Kooperation mit anderen Ländern. „Dem globalen Klima ist nicht geholfen, wenn emissionsintensive Produktion aus Europa in Länder abwandert, wo weniger strenge Klimavorschriften herrschen“, heißt es in dem Papier.

„Gute Klimadiplomatie“ sei gefragt: Die EU solle schon 2021 in bilaterale Verhandlungen mit anderen Industriestaaten eintreten, um ein einheitliches CO₂-Preisniveau oder zumindest Mindeststandards für den Anteil „grüner“ Vorprodukte am Endprodukt zu verhandeln, fordern die Vertreter der Initiative. Solche Vereinbarungen seien einseitige Schutzmaßnahmen wie Grenzzöllen vorzuziehen – diese seien sogar „kontraproduktiv, da sie die globale Zusammenarbeit behindern und mit dem Risiko von Handelskriegen einhergehen“. Aber auch innerhalb von Europa dürfe Klimaschutz nicht an den Landesgrenzen haltmachen. Dringend erforderlich sei daher eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität. Konkret geht es um den Bau von 15 000 Ladesäulen in der Woche bis zum Jahr 2030, und zwar europaweit von Nordschweden bis Süditalien.

Allzu fordernd will die Initiative indes nicht auftreten. Man wolle „nicht nur beschreiben, was jetzt im Schulterschluss von Wirtschaft und Politik getan werden muss“, heißt es abschließend, „sondern uns auch zu unserer Verantwortung als deutsche Industrie bekennen und aufzeigen, welchen Beitrag wir bei der Transformation konkret leisten“.

So bekenne man sich dazu, die Forschungs- und Entwicklungsausgaben für die Energiewende in den kommenden Jahren „massiv“ zu erhöhen. Man sei „bereit, mit unternehmerischem Mut voranzugehen“. Wenn wir jetzt schnell und gemeinsam handeln, können wir bei der Energiewende einen Unterschied machen“, zeigen sich die Autoren überzeugt. Dann könne der hohe Wohlstand zugleich gehalten, Europas Rolle in der Welt gestärkt und den Kindern ein gesunder Planet hinterlassen werden.



Auslaufmodell? Ökostromförderung durch die EEG-Umlage

Foto dpa

Verantwortlich und aktiv

Die Initiative „ReAct“ (Responsibility and Action, zu Deutsch: Verantwortung und Aktion) wurde im April 2020 von der in Frankfurt ansässigen Werte-Stiftung, die für Chancengleichheit und sozialen Zusammenhalt eintritt, und dem Bauunternehmer Jan-Hendrik Goldbeck gegründet. Die Mitglieder kommen seither regelmäßig zum Austausch zusammen. Nach aktuellem Stand zählen sie rund zwei Dutzend Geschäftsführer, Unternehmensinhaber, Aufsichtsräte und Wissenschaftler, darunter Martin Brudermüller, Martina Merz und Berthold Huber sowie Christian Sewing, Christian Seifert und Johan Rockström. Sie alle wollen namentlich und nicht in ihrer Funktion als Vertreter ihrer Unternehmen und Institutionen ge-

nannt werden. Schließlich engagiere man sich persönlich und könne so schneller agieren sowie stärker zuspitzen als über die offiziellen Kanäle der Unternehmenskommunikation, heißt es zur Begründung.

Die Initiative hat eine Charta und ein „Zielbild Europa“ entwickelt sowie drei Arbeitsgruppen gebildet – mit dem Fokus auf Klima/Umwelt, Bildung/Talente und Innovation/Technologie. In jedem dieser Zukunftsfelder entstünden „konkrete Leuchtturmprojekte“. Das Ziel: Unabhängig von Einzelinteressen, Deutschland und Europa voranbringen, was einen Schulterschluss zwischen Politik und Wirtschaft erfordert. Erste Gespräche mit Spitzenpolitikern hätten schon stattgefunden, teilt die Initiative mit.

SPD: Reichensteuer und Mindestlohn hoch – CO₂ runter

Scholz verheißt Zuversicht und höhere Abgaben

dc. BERLIN. Höhere Steuern für Reiche, mehr Staatsschulden, höhere Sozialleistungen, mehr Arbeitnehmerrechte: Der Katalog der wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen im geplanten Wahlprogramm der SPD bildet traditionelle Erwartungen an eine Sozialstaatspartei ab. Allerdings soll der am Montag vorgelegte Programmentwurf die Mehrbelastung von Unternehmen und Steuerzahlern nicht als Selbstzweck erscheinen lassen – er stellt der Beschreibung einzelner Maßnahmen vier „Zukunftsmissionen“ voran, denen die SPD als Regierungspartei folgen will: Deutschland soll zügig klimaneutral werden, Europas modernstes Mobilitätssystem bekommen, „digitale Souveränität“ erreichen und sein Gesundheitswesen deutlich besser ausstatten.

„Die SPD ist eine zuversichtliche Partei, die für die Hoffnung auf eine bessere Zukunft steht“, ordnete ihr Kanzlerkandidat Olaf Scholz den Entwurf am Montag in einem gemeinsamen Auftritt mit den Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans ein. Zuvor hatte der Parteivorstand das 48 Seiten lange Papier beschlossen. Es soll als Diskussionsgrundlage für weitere Beratungen mit den Mitgliedern dienen und im Mai auf einem Bundesparteitag beschlossen werden. Die SPD sei „die erste Partei auf dem Platz“, betonte Scholz. Sie habe schon einen Kanzlerkandidaten und nun als erste Kraft, die sich um Regierungsverantwortung bewerbe, auch einen Programmentwurf.

Die Stromerzeugung soll demnach von 2040 an vollständig aus erneuerbaren Quellen gelingen, Klimaneutralität in der Gesamtbilanz von 2050 an. Im Gegensatz zu anderen Parteien will die SPD dies aber „sozial gerecht“ erreichen setze nicht nur auf Verhaltensregeln für Bürger, sondern auch auf mo-

derne klimafreundlicher Technologie aus Deutschland, argumentierten die Parteispitzen.

Das von ihnen geplante Tempolimit von 130 auf Autobahnen fällt ins Kapitel Mobilität. Zudem sollen 2030 hierzulande 15 Millionen Elektroautos fahren und Strom sich so einfach tanken lassen wie bisher Benzin und Diesel, betont die SPD. In Sachen Digitalisierung will die Partei bis 2030 eine Infrastruktur „auf Weltniveau“ schaffen, Schulen und Behörden erfolgreich digitalisieren und Digitalkonzerne mit einem harten Kartellrecht in Schach halten. Im Kapitel Gesundheit würdigt die SPD das Unternehmen Biontech und will den Pharmastandort stärken – was aber eine aktive Rolle des Staates erfordere.

Zur Finanzierung ihrer nicht genau bezifferten Pläne will die Partei höhere Einkommen stärker besteuern, außerdem jährlich ein Prozent Vermögensteuer auf höhere Vermögen erheben und zugleich die Erbschaftsteuer so umbauen, dass Unternehmenserben künftig mehr bezahlen müssen. Kleinere bis mittlere Einkommen wolle sie hingegen steuerlich entlasten, verspricht die SPD. Das Ziel einer Sozialabgaben-Obergrenze von 40 Prozent des Bruttolohns enthält ihr Entwurf nicht. Scholz erinnerte aber daran, dass die bisher höchsten Beiträge unter der schwarz-gelben Regierung bis 1998 erhoben worden seien.

Arbeitslose sollen den Plänen zufolge indes leichter Arbeitslosengeld erhalten. Zugleich soll das Hartz-IV-System durch ein höheres „Bürgergeld“ ersetzt werden, das ein „haltgebendes und bürgernahe“ Staat „unkompliziert“ auszahlt. Weitere Schwerpunkte sind ein Mindestlohn von „mindestens 12 Euro“ sowie höhere Renten – vor allem für Erwerbstätige, die wegen Pflegebedürftiger Angehöriger beruflich kürzertreten.

Betriebsärzte sollen impfen

Paris reagiert auf knappe Termine in Impfzentren

chs. PARIS. Während sich die Infektionslage in Frankreich wieder verschlechtert, setzt die Regierung für ihre Impfkampagne auf eine neue Berufsgruppe: die Arbeits- und Betriebsmediziner. Alle Fachkräfte sollen mobilisiert werden, um den Impfstoff zu verabreichen. In der vergangenen Woche hat die Nationalversammlung ein Gesetz verabschiedet, das die Instanzen der Arbeitsmedizin ausdrücklich für die Impfungen in die Verantwortung nimmt. Jetzt stehen die Ärzte in den Startlöchern und warten darauf, die begehrten Vakzine zu erhalten. „Wir sind bereit, die ersten Unternehmen haben sich gemeldet, allerdings fehlt der Impfstoff“, berichtet Denis Brunel, Präsident der Vereinigung Sest, die sich im Großraum Paris mit 25 Arbeitsmedizinern und 50 zusätzlichen Angestellten um rund 6000 Unternehmen kümmert.

In Frankreich arbeiten die rund 5000 Arbeitsmediziner in zwei verschiedenen Strukturen: Die großen Unternehmen haben eigene Betriebsärzte, die bei ihnen angestellt sind. Der Rest – mit Abstand die Mehrheit – ist in Vereinigungen nach privatem Recht beschäftigt, die von den Pflichtträgern der Unternehmen finanziert werden. Die Regierung will nun, dass vor allem die Arbeitsmediziner in externen Zentren in die Impfkampagne einsteigen. Denn das Arztgeheimnis gilt als heilig. Laut der von der Regierung beschlossenen Impfhierarchie dürfen von den Arbeitsmedizinern derzeit nur die 50- bis 64-Jährigen mit erheblichen Begleiterkrankungen geimpft werden. Eine lange Liste von Erkrankungen – von Krebs über Diabetes bis zu Herzproblemen – ist die Voraussetzung. Der Arbeitgeber soll von solchen Gesundheitsproblemen der Beschäftigten nichts wissen. „Bei den Impfungen muss das Arztgeheimnis sichergestellt sein. Daher ist es gewünscht, dass sie bei den externen Dienstleistern stattfinden und nicht im

Unternehmen“, sagt eine Sprecherin des französischen Arbeitsministeriums.

Die französische Impfkampagne hat langsam angefangen, dann jedoch aufgeholt. Mehr als 1300 Impfzentren sind inzwischen eröffnet. Nach Angaben des Datenanbieters World in Data wurden je 100 000 Menschen 6,06 Dosen verabreicht – gegenüber 6,82 für Deutschland. Gut 4 Prozent der französischen Bevölkerung wurden bisher geimpft. Frankreich hat zuerst in den Altersheimen impfen lassen, danach wurde die Kampagne auf die über 75-Jährigen ausgeweitet. Doch seit einigen Tagen kommt die Initiative ins Stocken: Die Menschen in der Altersgruppe 50 bis 64 Jahre mit Begleiterkrankungen sollten eigentlich schon von Anfang Februar an geimpft werden. Überall fehlt es an den Impfstoffen. Besonders knapp sind die Produkte von Biontech/Pfizer und Moderna, doch auch der weniger beliebte Impfstoff von Astra-Zeneca, den die Arbeitsmediziner erhalten sollen, ist Mangelware. „Eigentlich sollten wir am 2. März beginnen, doch die Apotheke, die uns den Impfstoff liefern soll, hat uns jetzt auf den 9. März vertröstet“, berichtet der Chef der Pariser Arbeitsmediziner, Brunel.

Die Idee, auf Ärzte zurückzugreifen, die im Dienste der Unternehmen stehen, ist nachvollziehbar. Denn es erscheint fast unmöglich, bei den niedergelassenen Ärzten oder in den Impfzentren einen Termin zu bekommen. Bei der führenden Internetplattform für Reservierungen, Doctolib, finden beispielsweise in Paris selbst Interessenten über 75 Jahre in den kommenden 28 Tagen keinen Termin. Nur für die Angehörigen des Gesundheitswesens und die Feuerwehrlente, die Vorrang haben, sind einige Daten offen. Das gesamte Personal – egal in welchem Bereich – leidet unter der Knappheit der Vakzine. Unterdessen nehmen die Ansteckungen wieder zu, weshalb die Regierung in einzelnen Regionen neue Einschränkungen ausgerufen hat.

Verbot neuer Tankstellen

wvp. WASHINGTON. Petaluma in Kalifornien ist die erste Stadt in den Vereinigten Staaten, die den Bau neuer Tankstellen verbieten wird. Die Vorentscheidung ist in der vorigen Woche gefallen, als die Stadtverordneten einen Vorschlag unterstützten, der nun zur endgültigen Abstimmung gebracht wird. „Das Ziel ist es, von fossilen Kraftstoffen weg zu kommen“, sagte die Stadtverordnete D’Lynda Fischer. Die Entscheidung stoppt nicht nur den Bau einer neuen Tankstelle auf einem Supermarktplatz, sie verbietet auch die Aufstellung neuer Zapfsäulen für Benzin und Diesel. Dafür wird es leichter gemacht, Ladesäulen für Elektroautos aufzustellen. Die 60 000-Einwohner-Stadt eine Autostunde nördlich von San Francisco hat 16 Tankstellen. Bis 2030 will die kalifornische Regierung 250 000 Ladesäulen errichten haben für dann 5 Millionen Elektroautos. 2035 soll der Verkauf von Autos mit fossilen Kraftstoffen komplett eingestellt werden.

Italiens Schulden auf Rekordniveau

tp. ROM. Das italienische Haushaltsdefizit ist im Jahr 2020 auf 9,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gestiegen, nach 1,6 Prozent im Vorjahr. In absoluten Zahlen betrug das Haushaltsdefizit 2019 etwa 27,9 Milliarden Euro, 2020 dann 156,3 Milliarden Euro. Dies berichtet das nationale Statistikamt Istat. Die gesamten öffentlichen Schulden wuchsen auf 155,6 Prozent des BIP (2019: 134,4 Prozent). Wegen der Corona-Krise schrumpfte das reale BIP um 8,9 Prozent. Als BIP zu Marktpreisen ergab sich für 2020 der Wert von 1651,6 Milliarden Euro, für 2019 die revidierte Zahl von 1790,9 Milliarden Euro. Das nominelle BIP einschließlich der Preiseffekte schrumpfte gegenüber dem Vorjahr um 7,8 Prozent. In den Daten für die Entwicklung der realen Volumina ergab sich 2020 eine Schrumpfung des privaten Konsums um 10,7 Prozent, der Investitionen um 9,1 Prozent. Die öffentliche Nachfrage wuchs um 1,6 Prozent.